



Fernstraßen-Bundesamt, Friedrich-Ebert-Straße 72-78, 04109 Leipzig

Landesamt für Umwelt  
Abteilung Technischer Umweltschutz 1  
Referat T 12 Genehmigungsverfahrensstelle Süd  
Postfach 60 10 61  
14410 Potsdam

Friedrich-Ebert-Straße 72-78  
04109 Leipzig

Tel.: 0341 49611-516

bearbeitet von:  
Sven Schönwitz

Referat S1 – Straßenrecht und Straßenverkehrsrecht

[anbau@fba.bund.de](mailto:anbau@fba.bund.de)

[www.fba.bund.de](http://www.fba.bund.de)

ausschließlich per E-Mail an: [hanna.stapel@lfu.brandenburg.de](mailto:hanna.stapel@lfu.brandenburg.de)

### **Bundesautobahn (BAB) 13**

#### **Stellungnahme gemäß § 9 Abs. 2 Bundesfernstraßengesetz (FStrG)**

#### **Antrag nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) auf Errichtung und Betrieb einer Notstromdieselmotorenanlage in der Gemarkung Mittenwalde westlich der BAB 13**

Ihre Nachricht vom 13.11.2024

Ihr Zeichen: 50.063.00/24/1.1GE/T12

Unser Zeichen: S1/03-05-02-03#00023#0236

Leipzig, 30.01.2025

Seite 1 von 4

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu o.g. Vorhaben wird Folgendes mitgeteilt:

Für das bauliche Vorhaben der Errichtung und des Betriebes einer Notstromdieselmotorenanlage in der Gemarkung Mittenwalde erteile ich die straßenrechtliche Zustimmung gemäß § 9 Abs. 2 FStrG nach Maßgabe der folgenden Nebenbestimmungen:

1. Durch den Bau, das Bestehen sowie die Nutzung und Unterhaltung des Bauvorhabens dürfen die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs auf der BAB 13 nicht beeinträchtigt werden.
2. Der festgestellte minimale Abstand von ca. 68 m zum äußeren befestigten Fahrbahnrand der BAB 13 darf nicht unterschritten werden.
3. Vom Straßeneigentum der Autobahn dürfen keine Arbeiten an der Baumaßnahme ausgeführt werden. Auch das Aufstellen von Geräten und Fahrzeugen und das Lagern von Baustoffen, Bauteilen, Boden- und Aushubmassen oder sonstigen Materialien sind auf Straßeneigentum nicht zulässig.
4. Beleuchtungsanlagen sind so anzubringen, dass die Verkehrsteilnehmer auf der BAB 13 nicht geblendet werden. Eine Blendung darf zu keiner Zeit gegeben sein, um die Sicherheit und Leichtigkeit des



- Verkehrs auf der BAB 13 zu gewährleisten. Dies bezieht sich auch auf die Bauphase und die dabei eingesetzten Geräte und Maschinen.
5. Oberflächen- und sonstiges Wasser darf nicht den Entwässerungsanlagen der Autobahn zugeführt werden bzw. darf generell nicht in den Autobahngrund eingeleitet werden. Eine ordnungsgemäße Entwässerung auf dem Grundstück ist jederzeit zu gewährleisten.
  6. Gegenüber dem Träger der Straßenbaulast für die Bundesfernstraße BAB 13 besteht für das Bauvorhaben kein Anspruch auf Lärm- und sonstigen Immissionsschutz. Dies gilt auch für den Fall der Zunahme des Verkehrsaufkommens.
  7. Die Bundesrepublik Deutschland – Fernstraßen-Bundesamt – ist von Ansprüchen Dritter, die durch die Herstellung und Nutzung des Bauvorhabens entstehen oder damit im Zusammenhang stehen, freizuhalten.

#### Hinweise:

- Anlagen der Außenwerbung in Ausrichtung auf die Verkehrsteilnehmer der BAB 13 in einer Entfernung bis zu 40 m vom äußeren befestigten Rand der Fahrbahn sind grundsätzlich unzulässig. In einer Entfernung von 40 bis 100 m vom äußeren befestigten Rand der Fahrbahn bedürfen sie – auch an der Stätte der Leistung – einer gesonderten Zustimmung des Fernstraßen-Bundesamtes. Bei Errichtung in einer Entfernung von mehr als 100 m wird auf §§ 33, 46 StVO verwiesen.
- Konkrete Bauvorhaben (auch nach anderen Vorschriften verfahrensfreie Vorhaben) im Bereich der Anbauverbots- und Beschränkungszone der BAB bedürfen der Genehmigung/Zustimmung des Fernstraßen-Bundesamtes.
- Die BAB 13 ist im betreffenden Bereich vierspurig mit Standstreifen ausgebaut. Es existieren Ausbauabsichten. In diesem Autobahnabschnitt, der wichtiger Teil des transeuropäischen Straßennetzes ist, ist in der Zukunft eine Erweiterung der BAB von vier auf sechs Fahrstreifen entsprechend dem Fernstraßenausbaugesetz (FStrAbG) vorgesehen und rechtsverbindlich festgelegt. Im FStrAbG (Bundesverkehrswegeplan BVWP 2030) ist diese Ausbaumaßnahme im weiteren Bedarf nach 2030 eingeordnet. Derzeit liegen keine konkreten Planungen hierzu vor. Dennoch ist von einer verfestigten Fachplanung auszugehen, die beachtet werden muss.

#### I. Sachverhalt

Mit Ihrer E-Mail vom 13.11.2024 haben Sie das Fernstraßen-Bundesamt um Stellungnahme zu dem o.g. Vorhaben gebeten.

Das Vorhaben sieht die Errichtung einer Notstromdieselmotorenanlagen westlich der BAB 13 in der Gemarkung Mittenwalde vor. Entsprechend den



Seite 3 von 4

übersandten Planunterlagen soll der Abstand zwischen äußerem befestigten Fahrbahnrand der BAB 13 und dem Bauvorhaben ca. 68 m betragen.

Die Autobahn GmbH des Bundes, Niederlassung Nordost wurde zu den anbaurechtlichen Belangen im internen Verfahren beteiligt.

## II. Begründung

Bei dem Vorhaben handelt es sich um eine bauliche Anlage im Sinne des § 9 Abs. 2 FStrG, die der Zustimmung des Fernstraßen-Bundesamtes bedarf.

Gemäß § 9 Abs. 2 FStrG bedürfen Baugenehmigungen oder nach anderen Vorschriften notwendige Genehmigungen der Zustimmung des Fernstraßen-Bundesamtes, wenn bauliche Anlagen längs der Bundesautobahnen in einer Entfernung bis zu 100 m, gemessen vom äußeren Rand der befestigten Fahrbahn, errichtet, erheblich geändert oder anders genutzt werden sollen.

Dies ist der Fall. Das Vorhaben befindet sich ca. 68 m vom äußeren Rand der befestigten Fahrbahn der BAB 13 entfernt.

Die Zustimmung nach § 9 Abs. 2 FStrG darf gemäß § 9 Abs. 3 FStrG nur versagt oder mit Bedingungen und Auflagen erteilt werden, soweit dies aufgrund der Sicherheit oder Leichtigkeit des Verkehrs, der Ausbauabsichten oder der Straßenbaugestaltung nötig ist.

Gemessen daran konnte die Zustimmung nach Maßgabe der im Tenor genannten Bedingungen und Auflagen erteilt werden. Die Nebenbestimmungen dienen der Sicherheit und der Leichtigkeit des Verkehrs auf der BAB 13. Diese Auflagen und Bedingungen sind zugleich das mildere Mittel gegenüber einer gänzlichen Versagung der Zustimmung.

Die Nebenbestimmungen zu Ziff. 1 – Ziff. 4 dienen der Gewährleistung der Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs. Es muss sichergestellt werden, dass für die Verkehrsteilnehmer keine Gefahren entstehen oder die Verkehrsverhältnisse verschlechtert werden.

Die Nebenbestimmung zu Ziff. 5 ist erforderlich, damit Anlagen an der BAB 13 nicht in ihrer Funktionsweise gestört bzw. beeinträchtigt werden und dient darüber hinaus der Sicherung des Bestandes an Straßenanlagen und der sich anschließenden Nebenflächen.

Die Nebenbestimmung zu Ziff. 6 stellt sicher, dass infolge des Heranrückens der Bebauung auf Grund von Lärmeinwirkungen durch den Verkehr auf der BAB 13 keine Ansprüche gegenüber der Bundesstraßenverwaltung



Seite 4 von 4

geltend gemacht werden können und resultiert aus der Kenntnis des Vorhabenträgers von den örtlichen Gegebenheiten.

Durch die Nebenbestimmung zu Ziff. 7 wird sichergestellt, dass Dritte keine Ansprüche gegen die Bundesrepublik Deutschland, die durch das Bauvorhaben infolge des Heranrückens der Bebauung entstehen, geltend machen können. Die Nebenbestimmung resultiert aus der Kenntnis des Vorhabenträgers von den örtlichen Begebenheiten.

Die Beurteilung der Zulässigkeit erfolgte ausschließlich auf Grundlage der Darstellungen in den Planunterlagen, die dem Fernstraßen-Bundesamt zuletzt am 16.01.2025 zugesandt wurden. Abweichungen von diesen Unterlagen und Darstellungen bedürfen einer gesonderten Beurteilung.

Die Zustimmung gilt nur im voranstehenden Umfang für die Geltungsdauer der zu erlassenden Genehmigung als erteilt. Sollten sich im weiteren Verfahren oder zu einem späteren Zeitpunkt Abweichungen ergeben, die von unserer Zustimmung abweichen, ist eine erneute Beteiligung erforderlich. Die Nebenbestimmungen sind in die zu erteilende Genehmigung aufzunehmen.

Ich bitte, mir nach Beendigung des Verfahrens eine elektronische Version des Ausgangsbescheids unter Angabe unseres Zeichens zur Verfügung zu stellen.

Ich weise darauf hin, dass neben der anbaurechtlichen Genehmigung auch eine Stellungnahme der Autobahn GmbH des Bundes als Trägerin öffentlicher Belange für die weiteren Belange der Straßenbaulast notwendig sein kann.

Mit freundlichen Grüßen  
Im Auftrag

gez.  
Sven Schönwitz  
Sachbearbeiter